

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/15

Bonn, den 22. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Im großen: Gleichklang der Interessen</u> Zur Außenpolitik Präsident Nixons Von Bundesaußenminister Willy Brandt	33
1a - 2	<u>Vor Isolierung bewahren!</u> Die Verantwortung der Unionsparteien in ihrer Haltung zum Atom-Sperrvertrag	61
3 - 4	<u>Die antinationale NPD</u> Wer die NPD rechts überholen will, kann dieser Partei den Boden nicht entziehen Von Dr. Günther Müller, MdB	107
5	<u>Keine Anerkennung Pankows</u> Schweden enttäuscht die Hoffnungen der DDR	46
<u>G L O S S E</u>		
6	<u>Nicht direkt aus der Flasche trinken!</u> Die DDR und ihre Soldaten	37

Im großen: Gleichklang der Interessen

Zur Außenpolitik Präsident Nixons  
Von Bundesaußenminister Willy Brandt

Wir sind der Zeit entwachsen, in der deutsche Außenpolitik als ein Abklatsch amerikanischer Vorstellungen mißverstanden werden konnte. Aber wir sind uns dessen bewußt geblieben, was die Vereinigten Staaten in der Welt bedeuten und daß sie unser Hauptverbündeter sind. Deshalb ist es so wichtig, die außenpolitischen Leitlinien des neuen amerikanischen Präsidenten von Anfang an richtig einzuordnen.

Präsident Nixon hat bei der Übernahme seines Amtes eine Willenserklärung abgegeben, nach welchen Grundsätzen und in welche Richtung er die Politik der Vereinigten Staaten führen will. Die Richtung, was die Außenpolitik angeht, ist nun klar. Ich meine, man sollte dabei vor allem dreierlei beachten.

- \* 1. Nixon sieht, mit dem Blick auf die Gefahren und Chancen bis zum Jahre 2.000, die Notwendigkeit, von der Konfrontation wegzukommen und den Frieden zu organisieren. Daraus ergibt sich eine Phase wichtiger, aber schwieriger Verhandlungen.
- \* 2. Der neue Präsident hat der Kontinuität der amerikanischen Interessen Ausdruck verliehen. Das ist ganz natürlich und kann nur den überraschen, der die Realitäten nicht kennt.
- \* 3. Er möchte die Hoffnung der Menschen nicht nur mobilisieren, sondern er hat dieser Hoffnung auch sein Versprechen gegeben.

Verständlicherweise hat Nixon es vermieden, sich auf Einzelheiten festzulegen. Er hat freie Hand behalten. Das praktische Verhalten der Sowjetunion wird für die praktische Politik der Vereinigten Staaten ausschlaggebend sein. Wir stehen vor einem neuen, großen Anlauf zu dem Versuch, Spannungen zu vermindern. Wenn dieser Versuch auch nur teilweise gelingt, wird die Welt sicherer werden.

Wir haben zu viel durchgemacht, um uns durch Wunschdenken fehlleiten zu lassen. In dem Bemühen, das Präsident Nixon formulierte, gibt es jedoch keinen Gegensatz zu den Zielen und Absichten der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist gut zu wissen, denn es wird natürlich auch darum gehen, daß die ungelösten Probleme Europas bei den Bemühungen um weltweite Lösungen nicht übersehen werden.

Vor Isolierung bewahren!

Die Verantwortung der Unionsparteien in ihrer Haltung  
zum Atom-Sperrvertrag

sp - Bis zum 9. Januar dieses Jahres haben die Regierungen von 85 Ländern den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland gehört nicht dazu, noch nicht. Es ist kein Geheimnis, daß innerhalb der Bundesregierung über die Notwendigkeit einer Unterschriftsleistung erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das Verhalten der Sozialdemokraten ist klar. Sie bejahen diesen Vertrag als ein Mittel, die Ausbreitung von Atomwaffen zu verhindern und sie bejahen ihn umso mehr, als es gerade dem Außenminister Willy Brandt und seinen Mitarbeitern gelang, in zähen Verhandlungen den ursprünglichen Vertragsentwurf bedeutend zu verbessern. Gewiß, der Vertrag ist nicht der Weisheit letzter Schluß, doch sichert er immerhin die uneingeschränkte Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke, was für unser Volk von lebenswichtiger Bedeutung ist. Die Sozialdemokraten befinden sich bei der Bewertung des Vertrages in Übereinstimmung mit dem größten Teil der Weltmeinung.

Das Atom hat seine Sprengkraft bei den Unionsparteien bewiesen. Diese Parteien sind in der Frage der Unterzeichnung des Sperrvertrages hoffnungslos zerstritten; die CSU sperrt sich ganz dagegen, in der CDU-Bundestagsfraktion sind die Meinungen geteilt. Offensichtlich ist man sich nicht bewußt, in welcher peinlichen Lage die Bundesrepublik dadurch kommen kann. Die Bundesrepublik läuft Gefahr, das internationale Vertrauen, das ihr die Friedenspolitik der Großen Koalition einbrachte, wieder aufs Spiel zu setzen.

Weitere Beitritte zum Abkommen werden folgen. Die nächsten

Unterschriftswilligen werden neben anderen Staaten Italien und Japan sein, zwei mit der Bundesrepublik als Atomschwellenmächte vergleichbare Länder. Die neue USA-Administration unter Präsident Nixon sieht eine Ratifizierung des Sparrvertrages noch in diesem Frühjahr vor, und es bedarf keiner Phantasie, sich vorzustellen, wie dann die Bundesrepublik von ihren wichtigsten Partnern beurteilt wird. Von allen NATO-Staaten bleiben nach dem Beitritt Italiens nur Portugal, die Türkei und die Bundesrepublik außerhalb des Vertrages. Frankreich, das den Vertrag nicht unterzeichnen wird, hat erklären lassen, daß es sich vertragskonform verhalten werde.

Die Bundesrepublik droht in eine ungute Position zu geraten. Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Wischniewski, sprach von einer Gefahr der weltweiten Isolierung. Ein Land in der besonderen Lage, in der wir uns befinden, kann sich einfach nicht den Luxus leisten, die Weltmeinung zu ignorieren. Damit wird Wasser auf die Mühlen der gegen die Bundesrepublik gerade von manchen kommunistischen Ländern gerichteten Propaganda getrieben. Sie unterstellen ihr den Drang nach Besitz von Atomwaffen. Diese Unterstellung bleibt auf die Dauer gesehen nicht ohne Wirkung auf die Meinungsbildung einer Vielzahl von Ländern.

Die Gegner des Atom-Sperrvertrages innerhalb der Unionsparteien sollten dies in ihre Überlegungen einbeziehen und sich nicht als Bremser betätigen. Die deutsche Unterschrift wird doch eines Tages erfolgen, aber dann werden wir zu den Letzten in einer langen Reihe zählen. Da das Element der Freiwilligkeit dann kaum noch vorhanden sein wird, verliert eine so spät unter dem Druck der Weltmeinung geleistete Unterschrift ihren Wert und ihre Glaubwürdigkeit. Dafür haben dann die Unionsparteien die Verantwortung zu tragen. Man hat manchmal den Eindruck, daß sich die Gegner des Atom-Sperrvertrages der Größe und Schwere ihrer Verantwortung nicht voll bewußt sind.

Ihr Verhalten gibt dem Friedensstörer Ulbricht die willkommene Gelegenheit, in weiten Teilen der Welt in der heuchlerischen Maske eines "Friedensfreundes" aufzutreten.

Die antinationale NPD

Wer die NPD rechts überholen will,  
kann dieser Partei den Boden nicht entziehen

Von Dr. Günther Müller, MdB

Die Gründung der Nationaldemokratischen Partei vor der letzten Bundestagswahl hat innerhalb der Bundesrepublik eine heftige Diskussion ausgelöst. Die Mehrheit der Kritiker sieht in dieser Partei einen geistigen Nachfolger der NSDAP. Im Ausland hat ihre Aktivität Besorgnis ausgelöst und in Ost und West das Wort vom neuen Faschismus aktualisiert.

Wie ist nun diese Parteigründung selbst zu beurteilen, nachdem man ihr Wirken mehrere Jahre beobachten konnte und Auf- und Abwärtsbewegungen feststellbar sind, die darauf hinweisen, daß es sich nicht um eine unaufhaltsame "Volksbewegung" handelt.

Zunächst einmal: Organisatorischer Kader und Wählerschaft unterscheiden sich außerordentlich. Ohne Zweifel besteht das Weltbild des inneren Kerns dieser Partei aus Restennationalsozialistischer Weltanschauung, vermischt mit allgemeinreaktionärem "Gedankengut". Bei der Beurteilung der Wählerschaft stößt man auf andere Wurzeln: Existenzangst, Protesthaltung, Mißerfolg im Leben oder schlichte Frustration sind meist die Motive für ihr Abstimmungsverhalten. Ein großer Teil der NPD-Wähler könnte genausogut eine linksradikale extremistische Partei wählen, die gegen das "Establishment" ist, wie eine rechtradikale. Genaue Untersuchungen haben diese These bewiesen.

Dieser Unterschied zwischen Grundhaltung der NPD-Wählerschaft und politischer Strategie ihrer Führung sollte für die Beurteilung der Partei von großer Bedeutung sein. Vor allem sollte man den ausländischen Kritikern der NPD-Entwicklung diesen Umstand auseinandersetzen, um ihnen zu zeigen, daß es sich bei der NPD um keinen speziell deutschen Fall handelt, sondern um eine Erscheinung, die für die innere Entwicklung aller demokratischen modernen Industriestaaten typisch ist. Die Wählerschaft der NPD unterscheidet sich nämlich in keiner Weise von den Anhängern der holländischen Bauernpartei, der französischen Foujadisten oder des amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Wallace.

Wie kann und wie soll man sich mit diesen Kräften auseinandersetzen? Weder Gewalt, noch Verbot können die Ursachen der Frustration der Wähler beseitigen. Der Abstieg einer extremen Partei oder ihr Verbot verhindert die Umorientierung der Wähler zu einer andern Extrempartei nicht. Man muß also der NPD politisch begegnen, was heißt, ihre Widersprüche und ihre Gefährlichkeit nachzuweisen.

Der Hauptansatzpunkt ist die absolute Antiquiertheit ihres politischen Denkens. Ihr Nationalismus ist nicht über das Souveränitätsdenken mittelalterlicher Landesfürsten hinausgekommen. Sie haben kein Verständnis für die Dimensionen des Industriezeitalters. Sie wollen eine nationale Großmacht und könnten, selbst wenn für sie Wahlen Erfolg hätten, höchstens Krähwinkel erreichen.

Das Ziel nationaler Politik ist ohne Zweifel: die Wohlfahrt der Nation zu erhöhen und ihren Bestand gegenüber Angriffen von außen zu bewahren. Wie ist dieses Ziel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verwirklichen? Nationale Sicherheit gegenüber einem Gegner von außen

ist vielleicht noch von Supermächten zu erreichen, sicher aber nicht von Mächten wie der Bundesrepublik. Entwicklung der Wohlfahrt im Inneren kann nur erstrebt werden, wenn sich moderne Industrietechnik, die einen großen Markt zur Grundlage hat, entwickeln kann. Beides ist heute für einen Staat wie die Bundesrepublik oder Frankreich bei Beschränkung auf die nationalen Grenzen nicht mehr möglich. Beides will aber eine "nationale" Partei wie die NPD. Wer wie die NPD eine landwirtschaftliche Autarkiepolitik und einen Kampf gegen "Industriegiganten" befürwortet, orientiert sich vielleicht bei Friedrich List und den ersten Dampfmaschinen, nicht aber an Galbraight und Keynes, Atomreaktoren und Satelliten. Wer den amerikanischen wirtschaftlichen Einfluß in Europa beklagt, muß die Ursachen dafür sehen und die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen, die nur in einer Vergrößerung des nationalen Marktes in einen europäischen und in der übernationalen europäischen Zusammenarbeit liegen. Wer in Wehklagen darüber ausbricht, daß in wenigen Jahren amerikanische Nachrichtensatelliten das europäische Geschäft machen, darf sich nicht in die Brust werfen und an die Leistungen des deutschen Flugzeugbaus zur Zeit der DO X erinnern, sondern muß die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Trägerrakete und eines Satelliten betreiben.

Eine Politik des freien Welthandels und seiner Ausweitung bringt erhöhten Umsatz für die Industrie, höhere Löhne und sichere Arbeitsplätze, eine nationale Autarkiepolitik gefährdet Arbeitsplätze und beschränkt das Einkommen. Da die NPD mit ihrer Politik gerade diese Folgen hervorrufen würde, ist sie in Wirklichkeit eine typisch antinationale Partei, da sie die nationale Wohlfahrt nicht vermehrt, sondern sogar einschränkt.

Sie ist aber auch keine mobile Partei, sondern eine Partei die Verkrustungen schafft. Für Reformen des Erziehungswesens als Voraussetzung für die notwendige Mobilität der Arbeitnehmerschaft in der modernen Industriegesellschaft hat sie nichts übrig. Typisch ist ihre Einstellung zur Landwirtschaft: Statt zu erkennen, daß nur die Abwanderung von Landwirten den verbleibenden die Teilnahme am steigenden Lebensstandard sichern kann, klebt sie an der "Scholle" und läßt diejenigen, die sie vertreten will, im Dreck sitzen. Wären die Hufeisenschmiede des 19. Jahrhunderts nicht die Kraftfahrzeugmechaniker des 20. Jahrhunderts geworden, wären sie also immobil geblieben, so wären sie eben auch zu kurz gekommen und hätten keinen Anteil am Aufstieg des Lebensstandards gehabt.

Die NPD begibt sich zurück in die Gesellschaft des Faustrechts und der Primitivität. - Welche Forderungen ergeben sich also dadurch für die Parteien des Bundestages? Wer die NPD rechts überholen will, kann dieser Partei den Boden nicht entziehen. Nur die Verwirklichung einer Politik, die der modernen Industriegesellschaft entspricht, stoppt ihren Vormarsch. Lösungen, die Frustrationen vermeiden - etwa der Erziehungspolitik (Unruhe an den Hochschulen) oder in der Wirtschaft (mittelständische Sorgen, Agrarfragen) müssen nicht zu spät, sondern rechtzeitig gefunden werden. - Die Überzeugung, daß ich meiner Nation heute nur noch wirklich dienen kann, wenn ich übernationale Lösungen anstrebe, muß Verbreitung finden. - Das Selbstverständnis unserer Demokratie muß so wachsen, daß man nicht aus einer falschen Harmonielehre heraus den Volksgemeinschaftsgedanken neu belebt, sondern dem Staatsbürger deutlich macht, daß auch die Demokratie eine Gesellschaft von Konflikten zwischen Interessengruppen ist. Wer die Wahrheit, mag sie auch noch so hart sein, rechtzeitig ausspricht, wird dafür sorgen, daß der Boden, auf dem die NPD gedeihen kann, umgepflügt wird. - Konfliktgesellschaft heißt aber nicht machtlose Gesellschaft. Auch in der Konfliktgesellschaft gibt es Ordnungsprinzipien, zu denen sich die Demokratie bekennt. Hilflosigkeit bei denen, denen die Macht anvertraut ist, schafft ein Machtvakuum, in das die Schwadronneure eindringen können. - Das Selbstbewußtsein der Demokraten gegenüber allen Extremisten ist ihre stärkste Waffe, ohne die sie auf die Dauer keine Auseinandersetzung bestehen können. Auch nicht die gegenüber der antinationalen NPD. + + +

Keine Anerkennung Pankows  
-----

Schweden enttäuscht die Hoffnungen der DDR

K-K. - So wenig die diplomatische Anerkennung Nordvietnams durch Schweden überraschend war, so sehr wuchs durch sie in Pankow die Hoffnung, daß Schweden nun auch seine Beziehungen zur DDR ändern werde. In der Geheimsitzung jedoch, in der "Utrikesnämnden" die beratende Körperschaft des Reichstages, - unter dem Vorsitz des Königs - die Anerkennung bestätigte, wurde sehr nachdrücklich festgestellt, daß die Ulbricht-Republik für die schwedische Außenpolitik keine Parallele zu Nordvietnam ist. Die diplomatische Anerkennung der DDR komme vorläufig nicht infrage.

In diesem Zusammenhang sei auf eine merkwürdige, vom Ausland zu wenig beachtete Begebenheit aufmerksam gemacht, die sich in einer der letzten Sitzungen des alten Reichstages im Dezember 1968 abgespielt hat.

Dem Reichstag lag ein Antrag von Vertretern aller fünf Parteien vor, in dem die Errichtung einer schwedischen Handelskammer in der DDR verlangt wurde. Es ereignete sich das Ungewöhnliche, daß nach der Debatte über den Antrag ein Teil derer, die den Antrag unterschrieben hatten, nicht für ihn stimmten.

Die größte sozialdemokratische Tageszeitung Schwedens "ARBETET" in Malmö und Göteborg, stellte in ihrem Bericht über die Sitzung fest, daß seit 1965, da die Beziehungen mit der DDR zuerst behandelt worden sind, sich nichts ereignet habe, das für eine Erweiterung der Beziehungen spricht. Auch eine schwedische Handelskammer werde nicht benötigt, da eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr nach der DDR auch durch die Errichtung einer Handelskammer nicht zu erwarten sei. Der Außenausschuß des Reichstages meine, daß auch eine andere Form der Handelsvertretung nicht infrage komme.

Abgesehen davon, daß eine Handelsvertretung keine praktische Aufgabe zu erfüllen hätte, sei der Verzicht auf engere Beziehungen auch aus anderen Gründen gerechtfertigt. Vermutlich hätten, meint "ARBETET", die Antragsteller ohnehin nicht unterschrieben, wenn sie geahnt hätten, was sich im August 1968 in der Tschechoslowakei ereignen würde - der Antrag war vor der Besetzung der Tschechoslowakei vorbereitet worden. Erst im Sommer des vorigen Jahres habe die DDR einer Entschließung zugestimmt, in der die Einmischung in die Angelegenheit anderer Staaten verurteilt wird. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei erfolgte kurze Zeit darauf. - Es wäre eine Herausforderung der schwedischen Öffentlichkeit, wenn Schweden nun in irgendeiner Form die Beziehungen mit der DDR erweiterte oder aufnähme.

Der Außenpolitische Ausschuß des Reichstages, der jenen Antrag an den Reichstag zu beurteilen gehabt hat, hatte sich einhellig gegen die Errichtung einer Handelskammer in der DDR ausgesprochen. Als der Antrag dann vor die Kammern gebracht wurde, erfolgte die Ablehnung ohne Einzelabstimmung. Diese Einheitskundgebung des Reichstages ist, schrieb "ARBETET", umso bemerkenswerter, als ja doch nicht weniger als 25 Abgeordnete den Antrag unterschrieben hatten.

G L O S S E

Nicht direkt aus der Flasche trinken!

Die DDR und ihre Soldaten

Der tierische Ernst, mit dem Ulbricht aus der DDR ein neues Vaterland der Preussen machen will, hat nicht immer die beabsichtigte Wirkung. In der großen schwedischen Zeitung ARBETET - Malmö und Göteborg - schreibt "Jonny Walker" u.a.:

"Die DDR hat ein Etikett-Handbuch für die Angehörigen der Nationalen Volksarmee herausgegeben. Diese bekommen auf 340 Seiten zu wissen, daß ihr Auftreten dafür entscheidend ist, wie die Staatsbürger die Armee, den Staat und den Sozialismus betrachten. Dass ein Staat nach seinen Rekruten beurteilt werden soll, ist wahrhaftig ein klassisch deutscher Gedanke.

Wir bekommen zu wissen, daß die Uniform bei allen Gelegenheiten getragen werden kann. Aber es ist nicht erlaubt, zugleich mit der Uniform einen Regenschirm zu benutzen. Die Soldaten sollen einander möglichst nicht özen. Im Verkehr mit Vorgesetzten ist übertriebene Kameradschaftlichkeit von Übel. Folgende Anreden werden empfohlen: 'Genosse Hauptmann, gestatten Sie, daß ich eine Frage stelle?'

Das Verhalten der Soldaten außerhalb der Kaserne ist nicht das Unwichtigste. Über die DDR zu scherzen bedeutet, 'die Staatsflagge zu beschimpfen'. - Aber wie aus dem hier Gesagten schon hervorgeht, verhöhnt sich die DDR in genügender Weise selber.

Der Soldat soll die Armee nicht dadurch verunehren, daß er betrunken auftritt. Vor allem soll er nicht direkt aus der Flasche trinken. Bei gemeinsamem Essen im Wirtshaus soll er nicht das Bezahlen vergessen. - Gegenüber dem weiblichen Geschlecht soll er höflich sein. 'Der Respekt gegenüber der Dame soll so groß sein, daß nichts erzwungen werden soll, was nicht freiwillig gegeben wird'. Um 'beherrschte Ergebenheit' auszudrücken, wird die Wiedereinführung des Handkusses empfohlen. Dieser soll jedoch auf den Handrücken beschränkt und nicht übertrieben werden.

Schließlich verweist das Handbuch auf die Pflicht der Soldaten, immer die Zugehörigkeit zur Deutschen Demokratischen Republik zu betonen. Aber dessen bedarf es wohl nicht. Denn die Angehörigen der Nationalen Volksarmee sind unmittelbar daran zu erkennen, daß sie keinen Regenschirm verwenden, nicht aus der Flasche trinken, nicht vergewaltigen, die Rechnung bezahlen und die Hand küssen - aber nicht bis hinauf zur Achselhöhle.

Vermenge unter keinen Umständen Weihnachten mit Religion!"

+ + +